

Carola Schramm, Jürgen Elsner:
 Dichtung und Wahrheit.
 Die Legendenbildung um Ernst
 Busch, 2 Halbbände, trafo verlag
 Berlin 2006; 1. Halbbd. 312 S.
 (34, 80 €); 2. Halbbd. 386 S.
 (37, 80 €); CD mit 27 Ton-
 beispielen (7, 80 €)

»Mein Name ist Ernst Busch. Ein Kind des Jahrhunderts, und möchte in keinem anderen Zeitalter gelebt haben.« So der Schauspieler und charismatische Sänger, der tatsächlich das extreme Jahrhundert fast ganz erlebt hat (22.1.1900 - 8.6.1980), über sich selbst. Carola Schramm und Jürgen Elsner fangen dieses Leben in seiner künstlerischen Kraft, politischen Konsequenz und persönlichen Eigenwilligkeit wie Leidenschaftlichkeit ein. Nicht eine biographische Abfolge, sondern eine akribische Aufklärung der um Busch rankenden Legenden ist zu lesen. Die Autoren stützen sich auf umfangreiche Studien, die sich im zweiten Halbband auch in aussagekräftigen originalen Texten niederschlagen.

Ernst Busch, der nach einer Gastrolle in der SPD und USPD parteilos geblieben ist, mischt sich jedoch in das politische Leben ein und wird 1945/46 Mitglied der KPD beziehungsweise SED. In der Weimarer Republik ist er auf bekannten Bühnen wie der Piscator-Bühne und der Volksbühne zu sehen und spielt in unvergessenen Filmen wie *Dreigroschenoper* und *Kuhle Wampe*. In der ersten großen Auseinandersetzung um Demokratie und gegen Faschismus singt er an der Seite der Interbrigadisten in Spanien, wird 1940 bis 1943 in französischen Lagern interniert und nach mißlungener Flucht an Deutschland ausgeliefert sowie 1944 wegen Hochverrat verurteilt. Obgleich er durch einen Bombenangriff auf das Gefängnis Berlin-Moabit 1943 eine schwere Kopfverletzung erleidet, ist seine Kampfkraft nach der Befreiung vom Faschismus ungebrochen. Er erhofft sein Jahrhundert als ein sozialistisches. Als bedeutender Interpret revolutionärer Lieder singt er sich in die Herzen vieler Menschen. Bis zu seinem Rücktritt von der Bühne 1961 aus gesundheitlichen Gründen setzt er als Schauspieler am Berliner

Ensemble, am Deutschen Theater und an der Volksbühne Maßstäbe in der Schauspielkunst (wie *Die Mutter*, *Galileo Galilei*, *Nachtasyl*, *Othello*, *Faust*).

Dem uralten Geschäft der Legendenbildung spüren Carola Schramm und Jürgen Elsner im Fall von Ernst Busch fast kriminalistisch nach. Die Widerlegung der Legende Nr. 1 über die sogenannte Enteignung des von Busch im Februar 1947 etablierten Schallplattenverlags *Lied der Zeit GmbH* enthüllt damaligen Zeitgeist par excellence. *Lied der Zeit* bringt mit den Labels Eterna und Amiga selbst unter den damals widrigsten materiellen Umständen (zwei alte Schallplatten für eine neue) Lieder Buschs und klassische Musikwerke sowie Tanzmusik unter die Menschen. Als Lizenzträger stößt Busch schon 1948/1950 offiziell an, den Betrieb in eine öffentliche Rechtsform zu überführen, was jedoch aus verschiedenen Gründen nicht vorankommt und bis zur Überführung in Volkseigentum am 1. Mai 1953 in einen zugespitzten Konflikt mündet. Der couragierte Mann wird mit kulturpolitischen Beckmessern der zentralen Anweisungs-, Begutachtungs-, Kontroll-, Genehmigungs- bzw. Verweigerungsbehörde – der im Juli 1951 geschaffenen Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten bei der Regierung der DDR – konfrontiert, die Kunst eher hemmt als fördert. Mit Arroganz und persönlichen Beleidigungen gegen den Künstler wird *Lied der Zeit* darüber belehrt, was eine gelungene Aufnahme oder »schep-pernder Klangbrei« sei, dass Hanns Eislers Vertonung *Dank euch, ihr Sowjetsoldaten* zugunsten einer anderen herauszuziehen und die Tanzkapelle Kurt Henkels nicht zu bevorzugen sei, die Produktion neuer Aufbau- und Kampflieder unzureichend und in dem Lied *Ami go home* heiße Jazzmusik enthalten sei. Wie andere Künstler gerät der Nationalpreisträger in Schdanowsche Wellenlängen von Realismus und Formalismus sowie in Böswilligkeiten. Völlig degoutiert, bleiben ihm aber Freunde wie Hanns Eisler, Bertolt Brecht, Domprediger Karl Kleinschmidt, Willi Bredel und Franz Dahlem.

Ein Bündel an Konflikten, mit brisanten Niederschriften Buschs belegt, verknüpft sich mit dem Aufklären der Legende seines Partei-ausschlusses, die der damalige Intendant des

Staatlichen Rundfunkkomitees 1953 in die Welt gesetzt hat. Ein prägender Abschnitt der SED, die Parteiüberprüfung 1951/52, die als Disziplinierungs- und Säuberungsvorgang in die Geschichte eingegangen ist, und politische Arroganzen rücken ins Blickfeld. Der Mann, der im Juni 1950 das Lied von der Partei singt, die für das Recht kämpfe, füllt für die Überprüfung seinen Fragebogen aus, gibt seinen Lebensbericht ab und folgt dem Gespräch mit Vertretern der Zentralen Parteikontrollkommission. Doch nicht als ein zu Belehrender und zu Disziplinierender will er antreten, sondern auf gleicher Augenhöhe. Er möchte Antworten auf mehrere Fragen wie, wieso Erich Honecker veranlassen kann, nicht »Busch über das bekannte Maß heraus zu popularisieren« und wer ihn mit dem *Götz-Zitat* gegenüber dem Politbüro angeblich denunzierte. Die ausbleibenden Antworten werden mit der verblüffenden Frage übergangen, »mit wem er 1937 von Moskau nach Spanien gefahren sei.« Womit man nicht rechnet, Busch duckt sich nicht, bleibt kantig und trotzig, behält sein altes Mitgliedsbuch und gibt trotz Aufforderungen keine Passbilder für ein neues ab. Es wird lange kalt um Busch und seine Liedplatten werden verbannt. Als Schauspieler von Charakterrollen erkämpft er sich jedoch neuen Ruhm und verdankt vor allem der Courage des Kulturministers Hans Bentzien (1961-1966) einen kulturpolitischen Sieg (*Aurora-Reihe*). Da die üble Nachrede mit dem *Götz-Zitat*, das ein Ausrutscher gegenüber Mitarbeitern des Zentralrats der FDJ gewesen ist, nicht öffentlich zurückgenommen wird, bleibt Busch auch später bei seinem alten Parteibuch als ihm nach einer internen Initiative Franz Dahlems ein neues ausgeschrieben wird.

Die Schlusslegende reicht in Moskau-Dimensionen der Dreißiger Jahre. Wie viele andere Emigranten hat auch Ernst Busch, der öffentlich aufgetreten und bekannt gewesen ist, von Folgen der *Jeshowschina* Kenntnis. In der Presse gefeierte Schauprozess-Urteile empfindet er als »gerecht« und erfährt vom wirklichen Schicksal seiner hingerichteten engsten Freunde wie Maria Osten, mit der er im Februar 1937 in den Bürgerkrieg nach Spanien gefahren war, vermutlich erst 1948 bei seiner Krankenbehandlung in Moskau ein wenig. Mit einer Textveränderung in dem Volkslied

Es sind die alten Weisen setzt er 1950 auf seine Art ein Zeichen in anklagender Rufintonation: *dann gehn durch unser Schweigen, sie, die gefallen sind.*

Wenngleich ob der Vielfalt der Facetten und der Bewegtheit des Schicksals von Busch manche Passage etwas verwickelt erscheint, lesen sich beide Bände spannend und mit dem Vorzug, dass die Autoren den Leser auf den Weg ihrer Wahrheitssuche mitnehmen.

WILFRIEDE OTTO

Annelies Laschitzka:
Die Liebknechts.
Karl und Sophie – Politik und Familie. Aufbau Verlag Berlin, 2007, 551 S. (24,95 €)

Bis 1933 haben Berliner Sozialisten und Kommunisten um den 15. Januar der zwei deutschen Revolutionäre durch einen Massenbesuch des Friedhofs Lichtenberg-Friedrichsfelde gedacht. Seit 1925 gab es außerdem Gedenkfeiern für Lenin-Liebknecht-Luxemburg, meist mit Referaten, die ihr Denken und Wirken zu vermitteln suchten. Nach 1945 und bis heute gibt es wieder alljährlich das Gedenken der Berliner Werktätigen an die zwei am 15. Januar 1919 Ermordeten. So verschieden sie in ihrem Denken und in ihren Biografien sind, gehören sie zur großen Tradition der kommunistischen Bewegung. Was sie gedacht haben, bleibt aktuell und wird in jeder Phase der Bewegung neu und manchmal kontrovers interpretiert. Annelies Laschnitza hat nun eine weitere Biografie Karl Liebknechts vorgelegt, die sich auf umfangreiches Material aus öffentlichen und persönlichen Archiven stützt.

In den ersten drei Kapiteln wird die bedeutende Familie und die Erziehung von Karl dargestellt, dem trotz begrenzter Mittel die Familie das Studium ermöglichte – bis zur Etablierung als Rechtsanwalt zusammen mit seinem älteren Bruder Theodor, der ihn und seine Familie unermüdlich unterstützte und damit Karls intensive politische Tätigkeit ermöglichte. Es konnte nicht ausbleiben, dass der Sohn des Mitbegründers der SAPD als kritischer Kopf in die Politik hineinwuchs,

wenn er auch in seinem Charakter seinem Vater nicht völlig glich. Nach Bebels Rat wollte er vom Parteiapparat finanziell und politisch unabhängig bleiben. Dafür aber bekam er neben Theodors Hilfe auch viel solidarische Hilfe von Genossen im Ausland und in Deutschland und zeitweilig auch von der Familie seiner zweiten Frau, deren größerer Teil in Breslau am Dom lebte und die vor der russischen Revolution wohlhabend gewesen war.

Nicht nur die frühe engere Beziehung zu seiner zweiten Frau Sofie (Ryss), sondern auch seine Solidarität mit den verfolgten russischen Sozialdemokraten, die z.T. nach 1905 nach Deutschland emigrierten, führten ihn in die Solidaritätsarbeit und stärkten sein Interesse für die politischen Entwicklungen in Russland.

Bald geriet er in Gegensatz zur reformistischen Bürokratie seiner Partei, die die Arbeiterjugend unter ihre Fittiche zu nehmen versuchte und sich dabei auf das Vereinsgesetz stützte, das der Jugend politische Betätigung verbot. Um die nationalistischen und paramilitärischen Jugendorganisationen sollte die »Erziehung« der arbeitenden Jugend gestaltet sein. Liebknecht wollte im Gegenteil eine selbstständige, kritische, antimilitaristische, proletarische Jugend und unterstützte deren politische und organisatorische Bestrebungen besonders intensiv, sodass er dort viel Vertrauen erwarb.

Nach und nach wuchs das Vertrauen der Parteigenossen, und er musste für die Berliner Stadtverordnetenversammlung kandidieren, dann für den preußischen Landtag und schließlich für den Reichstag. In allen diesen Parlamenten war er immer inhaltlich vorbereitet, hatte sachliche Kritik und Vorschläge, ebenso schärfste Kritik an der Politik der kaiserlichen Regierung. Wichtigstes Thema für ihn war neben der Jugendfrage die Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus: Massive Aufrüstung (mit ihren Folgen der internationalen Kooperation und Korruption sowie für die Lebenshaltung der Werktätigen), die außenpolitischen Kriegsvorbereitungen, die immer deutlichere Kriegsgefahr. Mit seinen unwiderlegbaren Fakten reizte er seine Gegner, brachte sie in Schwierigkeiten. Er nutzte die Parlamente als Tribüne, von der aus er an die Massen appellierte. Er deckte Rüstungsskandale auf, zeigte die internationale Zusammenarbeit der Rüstungsindustrie auch »verfeindeter« Länder.

Um seine Enthüllungen zu stoppen, wurde er des Hochverrats angeklagt. Er verstand auch diese politische Verfolgung als Gelegenheit, die Werktätigen aufzuklären und politisch zu mobilisieren. Seine mutigen Anklagen vor Gericht zeigten seinen Mut, konnten aber natürlich die Klassenjustiz nicht an einer Verurteilung hindern. Die Festungshaft verbüßte er in Glatz (Schlesien). Familie und Freunde besuchten ihn, er konnte für sich arbeiten. Neben seinen politischen Arbeiten begann er hier seine umfangreichen philosophischen Studien, über die er viele Exzerpte und Notizen anfertigte.

Zurück aus der Festungshaft begann er sofort wieder seine Arbeit – Verteidigung russischer Genossen in Leipzig, Reden auf Massenversammlungen, Kritik im preußischen Landtag. Trotz seiner komplizierten außerfamiliären Liebesbeziehungen sorgte er ständig für seine Familie – für den Unterhalt und die Erziehung seiner drei Kinder, die er auch aus der Haft immer wieder zum Lernen und zur Weiterbildung in liebevollen Briefen anregte. Ebenso erfüllte er seine politischen Aufgaben, sodass das »Familienleben« erst an zweiter Stelle kam. Auf dem Parteitag der SPD 1910 in Berlin legte er ein Demokratisierungsprogramm vor, mit dem er hoffte, das Kaiserreich zu demokratisieren. Dabei ging es auch um ein demokratisches Wahlrecht statt des Dreiklassenwahlrechts. Rosa Luxemburg, die gleichfalls den Wahlrechtskampf intensiv führte und Massen mobilisierte, befand Liebknechts Vorschläge zur Demokratisierung als vage, vielleicht auch zu illusionär. Konnte dieser Staat mit seiner fest gefügten reaktionären Bürokratie durch neue Gesetze demokratisch werden? Zu dieser Zeit gab es noch kaum persönliche Kontakte; Luxemburg blieb im Stillen kritisch gegenüber seinen parlamentarischen Aktivitäten.

Ein Beweis für sein wachsendes Ansehen war die Einladung des Nationalsekretärs der *Sozialist Party of America* zu einer Agitationsreise, wie auch sein Vater 60 Jahre früher eine absolviert hatte. Sie begann am 1. Oktober 1910. Seine inhaltlich gut vorbereiteten Vorträge fanden bei den Hörern und Hörerinnen und in manchen Zeitungen eine gute Aufnahme. Seine Kritik richtete sich gegen den modernen Kapitalismus in den USA ebenso wie gegen die deutschen Zustände, Spitzelbe-

richte an die heimischen Behörden, Verleumdungen in der reaktionären Presse legen Zeugnis darüber ab. Natürlich benutzte er die Reise zur intensiven Betrachtung der sozialen Verhältnisse und der Schönheiten des Landes. Nach über 2 Monaten traf er am 7. Dezember 1910 wieder in Berlin ein.

Nach intensivem Wahlkampf eroberte er 1912 den Kaiserwahlkreis Potsdam-Spandau-Osthavelland und hatte nun Gelegenheit, im Reichstag seine Anklagen vorzutragen. Bald zeigte sich sehr deutlich die Dominanz des Reformismus in der Fraktion. Liebknechts Beharren auf den alten Grundsätzen führte zu großen Spannungen bei den Militärvorlagen. Am 4. August 1914 war er noch diszipliniert und stimmte gegen seine Überzeugung für die Kriegskredite, was seine linken Freunde noch mehr schockierte als die Zustimmung der anderen. Nach der deutschen Besetzung fuhr er nach Belgien, um gegen seine Regierung zu demonstrieren und den belgischen Genossen seine Solidarität zu erweisen. Im Dezember war er im Reichstag die einzige Gegenstimme. 1915 begannen andere seinem Beispiel zu folgen. Liebknecht wurde von seinen Gegnern, nicht nur den bürgerlichen, auf das Übelste beschimpft, auch der Geisteskrankheit bezichtigt – wegen seiner Gegnerschaft gegen den Wahnsinn des imperialistischen Krieges. Hermann Molkenbuhr vom SPD-Vorstand vermerkte in seinem Tagebuch, er sei »geistig nicht normal«; der Präsident des Reichstags sprach von einem »offenbar kranken Geisteszustand«. Die Kritiker wurden ausgeschlossen und gründeten die Sozialistische Arbeitsgemeinschaft. Liebknecht genügte die Opposition im Parlament nicht. Er wurde zum aktiven Antimilitaristen, deswegen – »unwürdig« – als Armierungssoldat einberufen, unbewaffnet in Frontnähe Schützengräben auszuheben. Er half bei der Gründung der Gruppe Internationale (später Spartakusbund genannt) und demonstrierte am 1. Mai 1916 am Potsdamer Platz mit dem Ruf: »Nieder mit der Regierung! Nieder mit dem Krieg!« Verhaftung, Verurteilung zu 4 Jahren und einem Monat Zuchthaus folgten, bis kurz vor Kriegsende musste er in Luckau bleiben. Wieder nutzte er die Zeit mit Studien und Versuchen, seine philosophischen Gedanken niederzulegen, aber auch zu intensiver Sorge um seine Familie und die geistige Entwicklung der Kinder.

Liebknecht hat nie Zeit gefunden, die philosophischen Arbeiten schriftlich zu ordnen. Er hat um die Bewegungsgesetze der Gesellschaft gerungen. Ihre Publikation stieß auf politische und Verständnis-Schwierigkeiten. Annelies Laschitza hat sich große Mühe gegeben, sie dem normalen Leser verständlich darzubieten. In einigen Punkten nähert sich Liebknecht dem Maoismus; insgesamt bleiben sie ein nicht leicht verständliches Fragment. Aber die Autorin stellt selbstkritisch fest, dass sie in einer früheren Biografie Liebknechts in Dokumenten »anmaßend geurteilt« habe.

Am 23. Oktober 1918 im Zuge einer Amnestie endlich aus Luckau entlassen, wird er begeistert empfangen und stürzt sich sofort in die politische Arbeit, von der die letzten zwei Kapitel handeln. Die Autorin fasst die Periode vom Oktober bis zur Ermordung am 15. Januar 1919 präzise und eindrucklich zusammen. Die Fakten sind weitgehend bekannt. Deutlich wird das enge Zusammenwirken der SPD-Führung mit der besiegten Armeeführung, ihr militanter Antikommunismus und Antisowjetismus, die Brutalität des Kriegsministers Gustav Noske (SPD), die volle politische Verantwortung für die zwei Morde am 15. Januar 1919 und für die vielen folgenden Morde, die Blutspur der deutschen Konterrevolutionäre, die später auch manche der heftigsten Gegner der Revolution (z. B. Matthias Erzberger) mitriss.

Laschitza zeigt ferner die Unentschlossenheit der USPD, die Unklarheiten bei den Revolutionären und das Fehlen einer guten Organisation der Revolutionäre, die sich erst am Jahresende aus einigen Gruppen zur KPD zusammenfanden. Die deutsche Konterrevolution war wieder organisiert, gut bewaffnet, sofort bereit, verwirrte heimkehrende Soldaten rücksichtslos gegen den »inneren Feind« einzusetzen. Auf der anderen Seite galt die Verkündung der Revolution und Entmachtung als die historisch gerechtfertigte Strafe für die Verbrechen des 1914 begonnenen imperialistischen Krieges. Die kriegsmüden Arbeiter und Soldaten konnten die Propaganda der SPD nicht sofort durchschauen.

Das Buch zeigt auch ehrlich die unterschiedliche Beurteilung der aktuellen Situation und die großen Unterschiede zwischen Liebknecht und Luxemburg, zwischen dem

überaktiven Revolutionär, der von seinem großen Kredit dazu verführt wurde und glaubte, seine alleinige Aktivität könne die Kräfteverhältnisse wenden, der in seiner Aktivität keine Zeit zur Reflexion und zum Gespräch mit seinen Genossen fand. Laschitza berichtet auch über die Debatten unter den führenden Spezialisten und die Kritik an den Eigenmächtigkeiten von Karl. »Umringt von kämpferisch jubelnden Massen, redete er sich in einen revolutionären Rausch. Die Diskrepanz zwischen seinem Wirken und der Realität war ihm nicht klar« (S. 429). Ganz anders die revolutionäre Marxistin Luxemburg, trotz ihrer Bedenken und Kritik solidarisch, bis zum tragischen Ende der Beiden, denen viele Revolutionäre ins Grab folgten. Die besonnene Kritik an Karl hinderte keineswegs die liebevolle geduldige Fürsorge für seine Frau Sofie (Sonja), die in ihrer schwierigen Lage dennoch in vielen Dingen half.

Der große Revolutionär Karl Liebknecht war kaum Marxist, aber in jenen Zeiten war man unter Marxisten tolerant, sofern sozialistisches Endziel und Wille zur Revolution den Revolutionären gemeinsam war. Das war im Stalinismus ganz anders: Linientreue, kein kritisches Denken – das war das Kriterium. Die frühere Toleranz muss wohl wieder gelernt werden.

Annelies Laschitza behandelt im letzten Kapitel auch die schwierigen Schicksale der Liebknecht-Familie. Ihre Biografie, kritisch und selbstkritisch, in langer Arbeit hervorragend recherchiert, wird dem großen Revolutionär und Humanisten gerecht. So bleibt er hier und in der internationalen Arbeiterbewegung neben Luxemburg lebendig.

Ganz anders die Schicksale der führenden Sozialdemokraten jener Periode. Friedrich Ebert senior wurde zwar Reichspräsident, wurde von seinen undankbaren Kumpanen bald der »Novemberrevolution« zugerechnet und klagte vergeblich gegen diese ungerechte Beschimpfung. Gustav Noske berichtet in seinen Erinnerungen, Innenminister Hermann Göring habe ihm 1933 zugesichert, »einen Mann wie Sie lässt man nicht im Stich«; er behielt seine volle Pension als früherer Oberpräsident der preußischen Provinz Hannover. Phillip Scheidemann verließ in der Emigration seine Partei im Streit.

THEODOR BERGMANN

August Bebel:

Die moderne Kultur ist eine antichristliche. Ausgewählte Reden und Schriften zur Religionskritik.

Herausgegeben von Heiner Jestrabek. Klassiker der Religionskritik, Bd. 9, Alibri Aschaffenburg 2007. 160 Seiten, kartoniert (13 €)

In der Buchreihe Klassiker der Religionskritik legt der Aschaffener Verlag Alibri nunmehr seinen neunten Band vor. Die Herausgeber der Klassiker-Editionen stellen jeweils ausgewählte religionskritische Texte bekannter Persönlichkeiten vor, geben Einführungen in Leben und Werk, erklärende Glossarien, Bibliographien und biographische Zeittafeln, sowie editorische Notizen. Der Leser hat somit in komprimierter Form ansprechendes biographisches Material und exemplarische Texte zu weltanschaulichen Positionen der vorgestellten Persönlichkeiten zur Hand. Porträtiert wurden bisher Denis Diderot, Johann Most, Albert Dulk, Jakob Stern, Fritz Lamm, Friedrich Hecker, Peter Maslowski, Rosa Luxemburg und nunmehr August Bebel. Der Herausgeber des Bebel-Bandes Heiner Jestrabek besorgte schon die Ausgaben von Dulk, Stern und Luxemburg.

August Bebel (1842-1913), gilt als der Stammvater der deutschen Sozialdemokratie, war deren Mitbegründer und Abgeordneter im Deutschen Reichstag. Seine Schriften, u. a. *Die Frau und der Sozialismus*, waren internationale Bestseller. Bemerkenswert und bisher nur wenig beachtet ist die Tatsache, dass er sich häufig mit religiösen bzw. religionspolitischen Fragen auseinandergesetzt hat. Die Sammlung präsentiert einige Parlamentsreden Bebels sowie Vorworte und Auszüge aus längeren Schriften, die diese Fragen behandeln. Eine biographische Einleitung führt in die historischen Texte und politischen Diskussionen der Zeit ein. Bemerkenswert bei Bebel war, dass »er ein bekennender Freidenker und Atheist war und dies in seinen populärwissenschaftlichen Werken propagierte (...) Ganz im Gegensatz zu der bei Politikern üblichen Art,

sich öffentlich nur opportunistisch zu verleugnen, bekannte er sich in öffentlichen Reden, sogar vor dem Deutschen Reichstag, zu seinen Überzeugungen.« Im Deutschen Reichstag bekannte er freimütig 1872: »dann hört natürlich auch die irdische Autorität sehr bald auf, und die Folge wird sein, dass auf politischem Gebiete der Republikanismus, auf ökonomischem Gebiete der Sozialismus und auf dem Gebiete, was wir jetzt das religiöse nennen, der Atheismus ihre volle Wirksamkeit ausüben.«

Der Politiker Bebel vertrat hierbei einen ausgesprochen modernen Standpunkt und grenzte sich von der späteren sozialdemokratischen Haltung, die Kirchen als Bündnispartner anzusehen und ihre Privilegierung mitzutragen, ebenso ab wie von explizit kulturkämpferischen Strategien. Als Standpunkt seiner Partei definierte er den Atheismus, als religionsrechtliches Modell vertrat er den weltanschaulich neutralen, toleranten Staat, der alle Glaubensrichtungen duldet, aber staatliche Einrichtungen und Religion strikt trennen sollte.

1874, in dem Jahr des Kirchenaustritts Bebels, entstand der später berühmt gewordene *Briefwechsel zwischen Bebel und Kaplan Hohoff*. »Der Briefwechsel zeigte Bebels Stärke als Polemiker. Er verstand es, wie kein anderer seiner Zeitgenossen, seine umfangreichen Kenntnisse der komplexen historischen Vorgänge populär und prägnant darzustellen. Grundlage seiner Reden und Schriften waren stets umfangreiche Materialrecherche und Quellenstudium. Sein Vortrag war aber immer klar, leicht verständlich und traf die Angelegenheit punktgenau. Er hatte eben einen eindeutig oppositionellen Standpunkt und unterschied sich somit wohltuend von den voluminösen Worthülsen und Phrasen, für die Politiker damals wie heute bekannt sind. Dies war sein Erfolgsrezept als Parlamentsredner und begründete seine Popularität als Volkstribun. Viele seiner Reden und Aufsätze, so auch die Polemik mit Kaplan Hohoff, wurden von seiner Partei als Broschüren gedruckt und fanden in sehr hohen Auflagen unter der Arbeiterschaft Verbreitung. Dieser Text hat bis heute nichts an Bedeutung eingebüßt und verdient ungeteilte Aufmerksamkeit.«

Bebel war zu seiner Zeit kein unumstrittener Parteiführer. Gegen Parteiopportunismus und Revisionismus musste er sich auf fast je-

dem sozialdemokratischen Parteitag wehren. »Bebel verteidigte nicht nur den revolutionären Geist der Bewegung, er stritt auch unermüdlich gegen Militarismus und drohenden Krieg, gegen Kapital, Junkerherrschaft und Großgrundbesitzer und gegen die Kolonialpolitik des deutschen Imperialismus. Insbesondere unter dem letzten Aspekt ist Bebels bewerkenswertes Buch *Die Mohammedanisch-Arabische Kulturperiode* von 1884 zu sehen. Dieses Buch verdient auch noch heute große Aufmerksamkeit, angesichts eines Islambildes, das verzerrt ist durch terroristische islamische Fundamentalisten und US-amerikanische, christlich-fundamentalistisch artikulierte und motivierte imperialistische Kriege. Zu einer historisch gerechten Positionierung der Rolle des Islams trägt Bebels Orientbuch sicher bei.« Bebels Schreiben an Karl Kautsky vom 31. Januar 1884 wird zitiert, worin er betonte, »dass ihm daran liege, nachzuweisen, dass es Schwindel sei, mit der christlichen Kultur zu prahlen. Dem Christen- und Heuchlertum, das sich breit mache, eins auszuwischen, sei der eigentliche Zweck seines Werkes.« Das Werk endet mit der prägnanten Aussage: »Die mohammedanisch-arabische Kulturperiode ist das Verbindungsglied zwischen der untergegangenen griechisch-römischen und der alten Kultur überhaupt und der seit dem Renaissancezeitalter aufgeblähten europäischen Kultur. Die letztere hätte ohne dieses Bindeglied schwerlich so bald ihre heutige Höhe erreicht. Das Christentum stand dieser ganzen Kultur-Entwicklung feindlich gegenüber. Und so kann man denn mit Fug und Recht sagen: Die moderne Kultur ist eine antichristliche Kultur.«

Der Herausgeber stellt den historischen Bebel auch in die aktuelle politische Diskussion: Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Religionsfrage zog sich wie ein roter Faden durch deren Selbstverständnissgeschichte. Deren grundsätzliches Dilemma ist der unaufgelöste Widerspruch zwischen marxistischer Theorie – wonach für Deutschland die Kritik der Religion im Wesentlichen beendetigt, und die Kritik der Religion »die Voraussetzung aller Kritik« ist, wie Karl Marx in *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* schrieb – und den vermeintlichen Erfordernissen einer um Wähler buhlenden Partei mit einer opportunisti-

schen, theorieträgen Parteibürokratie. Bekann-
termaßen entschied sich die Sozialdemokratie
in dieser Frage nicht für den Weg Bebels. Die
Verhinderung der konsequenten Umsetzung
der Forderung nach Trennung von Staat und
Kirche in den Verfassungen von 1919 und
1949 sowie dem programmatischen Kurs-
wechsel in Bad Godesberg 1959, mit einer
völligen Streichung der Forderung nach Lai-
zismus, waren Etappen einer verhängnisvol-
len Entwicklung. Eine Entwicklung aller-
dings, die sich nicht auf das Erbe August
Bebels und seiner Mitkämpfer berufen kann.
Die geneigte Leserschaft mag selbst entschei-
den, welchen Platz ein August Bebel inner-
halb der heutigen SPD einnehmen würde.
Auch wenn ein Jahrhundert zwischen unseren
Welten liegt, ist schwer vorstellbar, dass er
Sozialabbau bei gleichzeitigen Unternehmens-
steuergeschenken, Rentenklausen und Privatisie-
rungen bei zeitgleichen Kriegseinsätzen in al-
ler Welt gut geheißt hätte. August Bebels
Lebenswerk war der Kampf für die Befreiung
der Arbeiterklasse und der Kampf gegen Im-
perialismus, Kriegsvorbereitungen und Mi-
litarismus. Seine fundamentale Opposition
gegen die herrschenden materiellen und gei-
stigen Verhältnisse drückte er in dem, zum
geflügelten Wort gewordenen, Motto aus:
»Diesem System keinen Mann und keinen
Groschen!«

RALPH METZGER

**Hans-Jürgen-Krahl-Institut (Hrsg.):
Praktischer Sozialismus – Antwort
auf die Krise der Gewerkschaften,
Pahl-Rugenstein-Verlag Bonn
2008, 45 S. (4,90 €)**

Auch die jüngste Energie der deutschen Ge-
werkschaften, ihre Position und Forderungen
wieder stärker mit Hilfe von Streiks zu vertre-
ten, ändert nichts an der Tatsache, dass ihre
strukturelle Krise nicht nur von ihren Gegnern,
sondern vielmehr auch von ihren strategisch
bewusstesten Teilen als zunehmend kritisch für
ihre Fortexistenz beurteilt wird. Seit Jahren
mangelt es nicht an Attesten für ihre Krankheit
und auch der Genesungsvorschläge gibt es

viele. Allein, bei der Schau der prominentesten
Vorschläge zur Initiierung einer Trendwende
kommt man nicht umhin, den größtenteils
durch ausgesuchte Kenntnis des Metiers und
empirische Untermauerung ihrer Analysen sich
auszeichnenden Werken, bei aller Unterschied-
lichkeit in ihren Akzentuierungen, die immer
gleiche methodische Schwäche festzustellen.
Den meist akribisch gesammelten Beispielen
der Krise werden oft ebenso detailreich Er-
gebnisse anderer gesellschaftspolitischer Teil-
bereiche nachgestellt, wobei im Resultat fast
immer ein Appell an die Gewerkschaften steht,
sich doch ebenso erfolgreich neue Aktionspo-
tentiale zu erarbeiten, wie es die hinter dem
Ofen hervor gezerrten Pappkameraden tun. So
mangelt es den ausgestellten Rezepten an ei-
ner fundierten Anamnese, die sich nicht nur
den Symptomen, sondern vielmehr der Ge-
samtkonstitution des Patienten annimmt.

Dass es der kleinen Broschüre »Praktischer
Sozialismus. Antwort auf die Krise der Ge-
werkschaften« gelingt, diesen Hiatus von Em-
pirie und Abstraktion zu überbrücken, ist für
sich genommen ein Grund, sich ihrer anzu-
nehmen. Doch leistet das kleine Heft des
Hans-Jürgen-Krahl-Instituts weit mehr. Mit
klassischem marxistischen Instrumentarium
werden den Problemen der Gewerkschaften
ihre strukturellen Gründe vorgelegt und so
mit beinahe spielerischer Einfachheit ein, man
muss betonen prinzipieller, Ausweg aus der
Defensive emanzipatorischer Politik skizziert.
Bei der Lektüre der Broschüre kann sich dem
Leser schon die Frage stellen, wieso die tradi-
tionell stärkste Waffe des Marxismus, seine
ökonomischen Analysen, heutzutage nur noch
propagandistisch oder agitatorisch genutzt
werden, ihre Anwendung auf Strategie und
Taktik so gut wie nicht stattfindet.

Im ersten Teil der Broschüre wird also mit
der Verortung der Gewerkschaften und politi-
schen Parteien der Arbeiterbewegung als Kon-
stituanten der Rechtsverhältnisse des Kapital-
verhältnisses eine nüchterne und vielleicht
gerade daher schwer verdauliche Bestimmung
als nicht-revolutionäre Organisationen be-
gründet.

Dem nach eigener Aussage erstem Adressa-
ten dieser Broschüre, den »gesellschaftskriti-
schen Gewerkschaftern«, wäre eine weitere
Explikation der Bedeutung des Verhältnisses

von logischer Funktion zu Subjekten als Funktionsträger sicher nicht überflüssig vorgekommen. So ist der sachlich-logischen Argumentation und ihren Ergebnissen lediglich dieses vorzuwerfen, dass sie nicht flankierend ergänzt wird durch eine Erörterung der praxeologischen Voraussetzungen, auf welchen aufbauend im zweiten Teil eine strategische Alternative der gesellschaftlichen Transformation skizziert wird.

Die entwickelte Strategie ist im Kern das Modell einer Verlaufsform einer sich je nach den sich bietenden Möglichkeiten sowohl horizontal als auch vertikal ausweitender nicht bornierter gesellschaftlichen Produktion. Dass diese nicht bornierte gesellschaftliche Produktion unter dem Begriff Gemeinwirtschaft gefasst wird, problematisieren die Autoren mit dem Hinweis auf das »Verhältnis von allgemeiner zu bestimmter Bedeutung« den Konnotationen mit der historischen *bestimmten* Gemeinwirtschaft soll unter Rekurs auf die allgemeine Bedeutung des Begriffs Gemeinwirtschaft eine neue Bestimmung des Begriffes und mithin der gemeinwirtschaftlichen Praxis erfolgen. Diese gemeinwirtschaftliche Praxis *ist* die bewusste Vergesellschaftung.

Im Wesentlichen handelt es sich, um eine »einheitliche Organisation von gemeinwirtschaftlich produzierenden Lohnarbeitslosen und arbeitskampfbereiten Lohnabhängigen, (in der) Gewerkschaft und gewerkschaftliche Gemeinwirtschaft nicht mehr (sind) was sie waren, (sondern) nur mehr Funktionen innerhalb einer neuen Prozessgestalt, die den Sozialismus im Kapitalismus aufbaut« (Hans-Jürgen-Krahl-Institut, Abstrakter oder »Praktischer Sozialismus«?, in: *express* 3/2008).

Die scheinbare Einfachheit der propagierten Organisation von Proletarisierten als Verlaufsform »historischer Produktion« (Marx) fußt auf zwei Grundannahmen, deren Diskussion im Rahmen des Essays, im Hinblick auf ihren Zweck als Diskussionsgrundlage, sinnvollerweise nicht erfolgt.

1. Die Kapitallogik wird als Resultat nicht Bedingung menschlichen Handelns bestimmt.

2. Entgegen allen naturalistischen und philosophischen Versuchen ist Freiheit keine theoretisch ableitbare Größe, sondern wird als praktische Bedingung bewusster Veränderung vorausgesetzt.

Ganz in der Tradition Hans-Jürgen Krahl ist Geschichte demnach Resultat menschlicher Entscheidungen (und damit Freiheit). »Das Wesen der Geschichte ist die generative Folge, nach der die Ergebnisse der Produktion von gestern die Bedingung der Produktion von morgen ist.«

Wenn auch der erste Eindruck nach der Lektüre ein Zu-kurz-kommen der möglichen Konkretisierungen der schematisch skizzierten Strategie ist, so zeigt sich eben dieser mit Bedacht geübte Verzicht auf eine Konkretisierung als wesentlicher Bestandteil eben jenes Transformationsmodells. Eine planerische Projektierung von Zielen kann, wenn sie ihr eigentliches Ziel, die Erarbeitung eines »unmittelbar gesellschaftlichen Produzentenbewusstseins«, nicht verfehlen will, nur aufgrund der realen Bedingungen und damit den bewussten Entscheidungen Einzelner aufbauen.

So betonen die Autoren, dass »Dieses Bewusstsein (...) nicht mit einer komplexen politischen Theorie zu verwechseln (ist), es ist vielmehr die Kenntnis der wesentlichen Unterschiede kapitalistischer und gemeinwirtschaftlicher Vergesellschaftung, die von den Organisierten auf ihre konkrete Situation schöpferisch angewendet werden muss.«

Es ist dem Projekt zu wünschen, dass die Initiative zur Diskussion breit angenommen wird und die in der Kürze des Textes begründete Konzentration auf Deduktionen von vielen als Aufruf zur Ergänzung und Widerspruch dient und nicht vorschnell als lückenhaft abgeurteilt wird.

Das größte Manko des Textes ist, dass seine inhaltliche Bedeutung durch die Kürze und Form der Publikation konterkariert wird. Die Gedanken verdienten eine ausführlichere Erklärung, insofern ist die Ankündigung des Hans-Jürgen-Krahl-Instituts, mit der vorliegenden Broschüre den Startschuss zu einer Reihe von Publikationen zu geben, neben der Hoffnung stiftenden Kernaussage des Textes etwas, über das man sich freuen darf.

ERK WERNER

**Matthias Brosch u. a. (Hrsg.):
Exklusive Solidarität.
Linker Antisemitismus in
Deutschland, Berlin Metropol
2007, 440 S. (24,00 €)**

Ein weiteres Buchprojekt zum Thema »Linke und Antisemitismus in Deutschland« – war das wirklich nötig? Es gibt die Standardwerke zur BRD-Linken von Martin Kloke, zur DDR von Thomas Haury und Mario Keßler, dazu eine unüberschaubare Menge verstreuter kleinerer und größerer Schriften. Auch für Österreich und die Schweiz sind mittlerweile umfangreiche Untersuchungen vorhanden. Was hingegen wirklich fehlt, wenn man von einigen Arbeiten zur Geschichte des Verhältnisses von Arbeiterbewegung und Antisemitismus absieht, eine international vergleichende Forschung. Doch nicht zuletzt der teils irrational anmutende Streit um die Ausstellung »Das hats bei uns nicht gegeben – Antisemitismus in der DDR« zeigt, dass wohl noch viel Papier bedruckt werden muss, ohne dass ein Ende des Streits absehbar wäre.

Leider dominieren die Diskussion um linken Antisemitismus Positionen, die entweder infantile mit dem Vorwurf des Antisemitismus um sich werfen und dabei als ihr diskursives Anderes eine antisemitische Internationale konstruieren, die von Attac über die NPD bis zur Hamas reiche, oder aber das andere Extrem vertreten und jedwede Thematisierung der Problematik von sich weisen, da ja Linke per definitionem vorm Antisemitismus gefeit seien. Diese Seite schreit schnell erbost und voller Abscheu (und häufig zu unrecht) »Antideutsche!«, sobald sich jemand mit dem Thema befasst.

Das vorliegende Buch ist für die Debatte aus mehreren Gründen eine Bereicherung. Zum einen zeigt es das Bemühen der Herausgeberinnen und Herausgeber um eine ernsthafte und – im Rahmen des Möglichen – relativ unaufgeregte Auseinandersetzung. Der Grund für sie, sich mit der Thematik zu beschäftigen war nämlich ein ganz konkreter Anlass – ein Streit innerhalb der Stipendiatinnen und Stipendiaten der Hans-Böckler-Stiftung, welcher in eine überfüllte Tagung und schließlich das vorliegende Buch mündete. Dabei wird aber keinesfalls Neutralität in der Debatte beansprucht. Ganz klar argumen-

tieren die meisten Autorinnen und Autoren aus Sicht der (innerlinken) Antisemitismuskritikerinnen und -kritiker. Diese Perspektive bestimmt den Band. Zum anderen hat das Buch einen zusammenfassenden und Dokumentationscharakter. In die Kategorie des dokumentarischen gehören die Aufsätze von Haury und Kloke, die in ähnlicher Form auch anderswo nachzulesen sind, aber zu einem abgerundeten Bild der Debatte gehören. Ein auch direkt als solcher ausgewiesener Dokumentationsenteil im Anhang stellt zwei typische Gegenpositionen (Stefan Grigat und Elfriede Müller) dar, die auf eines verweisen: Die linke Debatte um Antisemitismus und den Nahostkonflikt, wie sie einleitend geschildert wurde, ist schon lange nicht mehr nur die Auseinandersetzung über diese Themen, sondern sie ist ein innerlinker Grabenkampf, der eine ganz eigene Konfliktodynamik angenommen hat. Meist geht es dabei um die Rolle der Antideutschen. Ihre radikale Zuspitzung zu einer Israel-Solidaritätsbewegung, wie sie im Aufsatz von Grigat pointiert zu Tage tritt und von Müller anschließend geschickt zerissen wird, erweist sich aber als ebenso großes Hemmnis für eine komplexe Wahrnehmung der Probleme der linken Palästinasolidarität und Israelkritik/-feindschaft wie deren verbottene antizionistische Vertreterinnen und Vertreter selbst.

Heute, fast vier Jahre nach der dokumentierten Tagung, sind die Wogen der Auseinandersetzung etwas geglättet und man kann sich etwas weniger echauffiert mit den vielen Facetten des Themas »Antisemitismus und Linke« befassen. Und auch, ja gerade, wer an einer nicht antideutschen Kritik der Auswüchse des militanten linken Antizionismus interessiert ist, findet im Buch eine Reihe von interessanten Denkanstößen, die sich alle als Ausgangspunkte für kleinere und größere Reflexionen, für Neujustierungen oder schlicht Verwirrungen erweisen können.

Um Denkanstöße handelt es sich deshalb, weil die meisten der hilfreichen Beiträge des großformatigen 400-Seiten-Buches, eher Hintergrund- und Kontextinformationen zum aktuellen Streit vermitteln. Theoretische Überlegungen zum Zusammenhang von Antisemitismus und nationaler Identität (Quindeau) stehen neben empirischen Darstellungen über antisemitische Manifestationen in Europa (Wetzel) und dem arabischen Raum (Gläser). Ein großer Teil

der notwendigen Kontextinformationen zur heutigen Debatte ist aber in der linken Geschichte zu finden. So widmet sich Mario Keßler dem Antisemitismus in der SPD in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, denn ihr Zionismus ist nur die eine Seite der Medaille. Ebenso wichtig (wenn man einigen ideologischen Ballast, den der Autor mitbringt, nicht überbewertet) ist Kistenmachers Beschäftigung mit der KPD, die nicht nur einen stellenweise zutiefst nationalistischen Kurs fuhr, sondern im Gefolge der nationalbolschewistischen Orientierungen auch krasse antisemitische Ausfälle tolerierte und – Kistenmacher zeigt dies u. a. an Karikaturen in der Parteizeitung *Rote Fahne* – auch produzierte. Eine Reihe von Beiträgen skizzieren das Verhältnis des Kommunismus und seiner Staatlichkeit in der DDR zu den Jüdinnen und Juden. Auch hier ist, wie in Birgit Schmidts Beitrag zu »Exil, Volksfront und Juden« belegt, immer wieder die Beachtung des (linken) Nationalismus ein Schlüssel zum Verständnis anti-semitischer Tendenzen. Diese werden beispielsweise durch die Exkulpation der Masse der Deutschen durch KPD- und SED-Funktionäre (als Quasi-Leugnung der Täterschaft) mit »eingekauft«.

Je näher die Betrachtungen an der Gegenwart liegen, umso größer ist jedoch die Gefahr, von Einseitigkeiten. So vertritt Lars Rensmann, hier als ein Beispiel für viele unschöne Simplifizierungen im Buch, mal wieder die These, es gebe keine innerlinke Kritik am radikalen Antizionismus. Er ignoriert dabei die Diskussionen der vergangenen zwanzig Jahre, in denen gerade Teile der radikalen Linken einen immensen Wandel vollzogen haben. Die linke Wahrnehmung der gesamten Thematik Linke-Juden-Antisemitismus-Nahostkonflikt war nämlich, in Folge ihrer stets konflikthaften und nicht zur Ruhe kommenden diskursiven Bearbeitung spätestens seit dem Anschluss der DDR an die BRD, also durch den nicht enden wollenden Streit, in dem jede geäußerte Position mit schnellem Widerspruch rechnen muss, auch noch nie so komplex wie heute. Und so kann mehr Wissen über Details – und deren liefert das Buch viele – trotz einiger Einseitigkeiten dem Diskurs nicht schaden.

PETER ULLRICH